KS. ZBIGNIEW WALESZCZUK
Pullenreuth, Niemcy

Studia Warmińskie
XL (2003)

POLITIKER ALS EIGENNÜTZIGER UNTERNEHMER. KRITIK DES KONZEPTES

Treść: — I. Einführung. 1. Politik in der Krise. 2. Politik für den Augenblick. 3. Partizipationsdefizit oder Führungsmangel? — II. Ökonomischer Ansatz. Politik als Spiel der Interessen. 1. Politische Ökonomie. 2. Unternehmerisches Handeln. 3. Politische Unternehmer. — III. Psychologischer Ansatz. Politik als Spiel der Neurosen. 1. Begrenzte Freiheit der politischen Entscheidung. 2. Neurose oder innere Freiheit – Unterschiede in der Wirklichkeitswahrnehmung. 3. Politiker und ihr Einfluss auf die Gesellschaft. — Schlussbemerkung. — Streszczenie

I. EINFÜHRUNG

Die vorliegende Arbeit hat als Ziel, das Problem der Politiker als Unternehmer aus der Sicht der ökonomischen Theorie der Politik vorzustellen und sie im Lichte des psychologischen Ansatzes kritisch zu beurteilen. Wir müssen deshalb zuerst die ökonomische Theorie kurz präsentieren, um die Frage zu beantworten, ob ein Politiker ein Unternehmer ist und ob diese Theorie ausreichend ist für die Gestalt der Demokratie. Der erste Teil der Arbeit betont deshalb ökonomische Aspekte der Politik und basiert vor allem auf dem Werk von J. Schumpeter: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*[1], der den Begriff „Politische Unternehmer" ins Leben gerufen hat. Der zweite Teil versucht, aufgrund des Buches von G. Kirsch, K. Mackscheidt: *Staatsmann, Demagoge, Amtsinhaber*[2] der Frage der Irrationalität der Politik nachzugehen und ihre emotionale Bedeutung zu erläutern.

1. Politik in der Krise

Professor Zöller beschreibt in seinem Artikel: „Politik als Wettbewerb"[3], wichtige Merkmale des politischen Betriebes, der die Karriere bestimmter Typen von Personen begünstigt oder behindert. Aus der Perspektive der ökonomischen Theorie der Politik kritisiert er das bisherige Parteiensystem, das die Auswahl des

[1] J.A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 1993.
[2] G. Kirsch, K. Mackscheidt, Staatsmann, Demagoge, Amtsinhaber, Göttingen 1985.
[3] M. Zöller, Politik als Wettbewerb, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 208(2002) von 07.09, S. 13.

politischen Personals monopolisiert[4]. Da wir uns in der vorliegenden Arbeit auf die Person des Politikers begrenzen wollen, gehen wir der Frage nach, welche Eigenschaften das ganze System und der Politiker selbst haben müssen, damit die Politik aus der Krise herauskommen kann. Dass die Politiker in der Krise sind und die überwältigende Mehrheit der Deutschen keine gute Meinung von den Politikern hat (nur 17% der Bürger hat eine gute Meinung[5]) und ihnen wenig Vertrauen schenkt, ist evident. Die Politiker nehmen es, laut Umfragen, mit der Wahrheit nicht genau, sie dienen eher sich selbst als den Menschen, die sie repräsentieren sollen. Welches Interesse repräsentiert ein Politiker? Ist es gut, wenn er seine eigenen Interessen in den Vordergrund stellt? Man braucht nicht lange zu suchen um aus den neuesten Ereignissen und dem Verhalten des Bundeskanzlers zu erkennen, dass die pessimistische Diagnose bestätigt zu sein scheint. Zur Zeit lesen wir viel in der Presse, dass Herr Bundesfinanzminister, Hans Eichel, sowie sein Chef, Herr Schröder, bestens über die wirkliche Lage der öffentlichen Finanzen vor der Bundestagswahl informiert waren. Diese Daten wurden aus pragmatischen Gründen erst nach den Wahlen veröffentlicht, damit bleiben die Verwalter unserer Steuermittel weitere 4 Jahre an der Macht.

Hiermit wollten wir kurz das Problem beschreiben, das wir zuerst aus der Sicht der ökonomischen Theorie der Politik interpretieren wollen. Diese Theorie, die von Josef Schumpeter aus ökonomischen Dimensionen auf das gesellschaftliche Geschehen übertragen wurde, entwickelte sich besonders schnell in Amerika. Wie es M. Zöller darstellt, entwickelte sich in Westeuropa dagegen zuerst, durch die Kriegsereignisse bedingt, die Tradition des politischen Widerstandes gegen das nationalsozialistische Erbe. Gerade diejenigen Kräfte, die in der Weimarer Zeit hinter der Republik standen, kamen jetzt zum Vorschein. Es waren folgende Kräfte:

- West- und Süddeutscher Katholizismus,
- Südwestdeutscher Liberalismus,
- Nordwestdeutsche Sozialdemokratie.

Die Verstaatlichung der Parteien, so Zöller, bedeutete die praktische Professionalisierung der Politik mit dem Ausbau der Herrschaft der Parteien und der staatlichen Finanzierung. Damit wurde, mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichtes, der Politiker zum Beruf. Das einheitliche Gehalt für alle Abgeordneten, das heute 7000 Euro pro Monat beträgt, bestätigte ihre privilegierte Position. Die Parteien monopolisierten dabei das politische Personal. Die Auswahl der Produzenten und Produkte liegt also völlig in der Hand der Parteien[6].

---

[4] Ebd.

[5] Diese Daten wurden vor den Wahlen 2002 veröffentlicht; R. Maytz, Gibt es eine politische Klasse in Deutschland?, in: Demokratie in Ost und West, hrsg. W. Merkel, Frankfurt a. M. 1999, S. 425; „Zwischen der Grösse der Herausforderungen und dem, was Politik tatsächlich bewirkt, klafft eine breite Lücke", T. Meyer, K.-J. Scherer, Parteien in der Defensive? Plädoyer für die Öffnung der Volkspartei, Köln 1994, S. 18–144; zit. nach: P. Zeschmann, Wege aus der Politiker und Parteienverdrossenheit, Sinzheim 2000, S. 141.

[6] M. Zöller, w.o., S. 13.

2. Politik für den Augenblick

Das Ausmaß der Krise verstärkt sich noch mehr wenn, wir die kurze „Lebenserwartung" der Politiker und die daraus resultierenden Folgen ins Auge fassen[7]. Der Politiker ist genötigt, sich den Tageswünschen seiner Wähler zu fügen[8]. Er ist für eine sehr kurze Frist gewählt und damit ständig auf die eher kurzfristigen Wünsche und Sympathien der Wählerschaft angewiesen. In Krisenzeiten, wenn schwierige Entscheidungen fallen müssen, kann das zum Verhängnis werden. Der Politiker wird sehr wahrscheinlich keine tiefgreifenden Entscheidungen treffen, auch wenn es für die weitere Perspektive richtig wäre, sondern sich eher auf Scheinerfolge, auf kosmetische Lösungen konzentrieren[9].

Was macht unser Kanzler? Statt mutiger Reformen kommen aus dem Kanzleramt nur eilig zusammengeschusterte Notgesetze[10].

3. Partizipationsdefizit oder Führungsmangel?

Einerseits wird kritisiert, dass die Mitspracherechte der Bürger nicht ausreichend in unserer Demokratie zum Zuge kommen, andererseits klagt man über das sehr niedrige Niveau der Politiker. *Die einen bedauern, dass die Bürger im Staat dorthin gehen müssten, wo sie im Zweifel nicht hin wollten; die anderen beklagen, dass die Bürger, weil niemand sie führe, dort ankämen, wo sie hingehen, aber nicht dorthin gehen, wo sich anzukommen lohnt*[11].

Unsere Mediengesellschaft tendiert eher in die erste Richtung. Man diskutiert mit Beliebigkeit und fordert immer mehr Mitspracherecht; die Entscheidungsprozesse dauern sehr lange und wurden oft durch viele Meinungsumfragen beeinflusst und untermauert. Die Horizonte der Wünsche nach Partizipationsmöglichkeiten scheinen sich ins Unendliche auszubreiten. Gleichzeitig merken wir, dass besonders junge Leute den Politikern und der Politik den Rücken zuwenden. Man gewinnt den Eindruck, dass die Partizipationswünsche sich so weit steigern, als wollte man die vollkommene Demokratie verwirklichen. Dies würde aber praktisch zu einer Utopie[12] führen, weil in einer solchen Demokratie die führenden Kräfte nicht mehr nötig sind und alles durch die präzise Stimmenabzählung der Mehrheit geschehen könnte.

Unsere Mediengesellschaft ist beherrscht von einer äußerlich schönen freiheitlichen Idee der Partizipationsfreiheit. Man möchte dem Volk ständig ihre souveräne

---

[7] Siehe: A. Beutler, N. Brüning, K. Hennigs, H. Krumrey, H.-J. Moritz, V. Müller, B. v. Pappenheim, F. Thiewes, H. Weber, Politik für den Augenblick, *Focus* 46(2002), S. 20–30.

[8] A. de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, Zürich 1987, S. 369.

[9] „Ganz schnell immer neue Löcher stopfen — den Notgesetzen der Regierung fehlt jedes Konzept"; A. Beutler, N. Brüning, w.o., S. 21.

[10] Ebd.

[11] G. Kirsch, K. Mackscheidt, w.o., S. 8.

[12] „(...) keine Gesellschaft duldet absolute Freiheit, nicht einmal eine absolute Gewissens- und Redefreiheit, keine Gesellschaft reduziert diese Sphäre auf Null-, dann wird diese Frage offenkundig zu einer Sache des Grades"; J.A. Schumpeter, w.o., S. 431.

Mitentscheidungsrechte bestätigen, was die Rolle des Politikers zu einem Lautsprecher, der die Stimme des Volkes übertragen soll, reduziert[13].

Aus diesem Spannungsfeld zwischen der Partizipation und Führung resultiert die Frage nach der Rolle des Politikers. Letztendlich leitet er seine politische Legitimität aus den Präferenzen der Bürger ab. Aus der Sicht der ökonomischen Theorie der Politik hat der Politiker eher einen instrumentalen Wert, d.h. er soll Instrument im Dienst des Wählerwillens sein. Im Idealfall sollten also die Parlamente mit den Repräsentanten des Volkes gefüllt werden, die, den „Robotern" ähnlich, seinen Willen widerspiegeln[14]. Sie sollten all das und nur das, was das Volk will, repräsentieren. Der Politiker wurde gewählt, damit er dies oder jenes sachlich tue. Man bemerkt in dieser Theorie aber den Mangel des Interesses an einer inneren Tiefe der Persönlichkeit des Politikers und seiner eigenen Souveränität[15]. Zwischen den Wählern und dem Politiker besteht oft nicht nur ein sachlicher Auftrag, sondern ein Vertrauensverhältnis, mit der Erwartung, dass dieser die Dinge gut leiten wird.

II. ÖKONOMISCHER ANSATZ. POLITIK ALS SPIEL DER INTERESSEN

1. Politische Ökonomie

A. Ihre Ziele

Der Begründer der politischen Ökonomie Adam Smith formuliert im Jahr 1776 für diese Wissenschaft folgende Ziele:

1. Sie untersucht, wie man ein reichliches Einkommen erreichen kann.
2. Sie erklärt, wie der Staat oder das Gemeinwesen Einnahmen erhalten können, um die öffentlichen Aufgaben zu finanzieren[16].

Kurz gesagt, das Ziel der politischen Ökonomie ist der Wohlstand des Volkes und des Staates. Dabei ist zu bemerken, dass das erste primär ist, denn nur, wenn das Volk reich ist, kann der Staat seine Einnahmen vergrößern und damit wirklich seine Aufgaben erfüllen. Der Staat ist also direkt interessiert daran, dass sein Volk reich wird. Das Ziel wäre also, den ständigen Konflikt der Interessen in ein leistungsorientiertes Kooperationsmodell zu verwandeln[17].

---

[13] „In dieser Optik haben die Politiker einen lediglich instrumentalen Wert, sie sollen Instrumente im Dienste des Wählerwillens sein (...)"; G. Kirsch, K. Mackscheidt, w.o., S. 10.

[14] Ebd., S. 10 ff.

[15] Ebd.

[16] „Die Politische Ökonomie verfolgt als Zweig der Wissenschaft, die eine Lehre für den Staatsmann und Gesetzgeber entwickeln will, zwei unterschiedliche Ziele. Einmal untersucht sie, wie ein reichliches Einkommen zu erzielen oder der Lebensunterhalt für die Bevölkerung zu verbessern ist, zutreffender, wodurch der einzelne in die Lage versetzt werden kann, beides für sich selbst zu beschaffen, und ferner erklärt sie wie der Staat oder das Gemeinwesen Einnahmen erhalten können, mit deren Hilfe sie öffentliche Aufgaben durchführen. Die Politische Ökonomie beschäftigt sich also mit der Frage wie man Wohlstand und Reichtum des Volkes und des Staates erhöhen kann"; A. Smith, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, München 1993, S. 347; zit. nach: M. Zeitler, Politische Ökonomie von Kollektivphänomenen, Bayreuth 2000, S. 4.

[17] G. Kirsch, K. Mackscheidt, w.o., S. 67–69.

Die Kritik des kollektiven Handelns von Marcus Olson kam zu dem Ergebnis, dass in großen Gruppen, anders als es bei kleinen Gruppen der Fall ist, wo sich alle Beteiligten kennen, ein Kollektivanreiz nicht genügt, um ein gemeinsames Handeln zu motivieren[18]. Nach Olson benötigen die großen Gruppen, deren Mitglieder untereinander anonym bleiben, den Zwang und selektive Anreize, um zum Erfolg zu kommen, d. h. damit das gemeinsame Ziel erreicht werden kann. Das Individuum hat aus eigenem Interesse keinen rationalen Grund dafür, sich für ein gemeinsames Ziel zu engagieren, so Olson[19]. Die Politiker handeln also vor allem aus eigenem Interesse, sie sollen sich dafür nicht schämen[20].

Nach Zöller erwartet die ökonomische Sicht der Politik von den Politkern folgendes:

a) Eigeninteresse,

b) Durchschnittlichkeit,

c) Anpassungsbereitschaft,

d) Keine moralischen Anforderungen,

e) Ihre Leistungen sollte man nicht als Zweck, sondern als Mittel zum Zweck betrachten[21].

B. Ihre Voraussetzungen

Die ökonomische Theorie setzt die Sachlichkeit, Rationalität und Logik der Entscheidungsbildung des Politikers, sowie seiner Wähler voraus. Dominierend ist das Leitbild der Souveränität der Konsumenten. Genauso wie bei privaten Gütern, sollten auch bei öffentlichen Gütern Individualismus und die Selbstbestimmung entscheidend sein. Das Prinzip der Freiheit der Entscheidung lässt aber, wie es Schumpeter bemerkt, die Person des Individuums auf der Strecke. *Man gibt sich individualistisch, ist aber an der Person des Individuums gar nicht interessiert*[22]. Der Ökonom geht davon aus, dass die Individuen gut informiert sind. Die Präferenzbildung wurde dabei nach dem Vorbild des Verhaltens bei privaten Gütern auf die öffentlichen Güter übertragen. In der ökonomischen Theorie sind alle Beteiligten gleich aktiv und informiert nach dem Prinzip der Chancengleichheit. *Das Marktsystem stellt allen potentiellen Teilnehmern im Spiel von Angebot und Nachfrage die genauen Informationen permanent beliebig zur Verfügung*[23].

Der Markt behandelt alle Teilnehmer gleich. Man kann die Frage stellen, ob man dieses Modell auf die Entscheidung über öffentliche Güter übertragen kann. Die Unterschiede zwischen den privaten und öffentlichen Gütern sind offensichtlich:

1. der Wähler ist nicht frei, sich dem Spiel zu entziehen

---

[18] M. Zeitler, w.o., S. 22.
[19] Ebd., S. 22–23.
[20] M. Zöller, w.o., S. 13.
[21] Ebd.
[22] J. Schumpeter, w.o., S. 20.
[23] G. Kirsch, K. Mackscheidt, w.o., S. 22.

2. Probleme bei der Informationsbeschaffung. Bei privaten Gütern kann der Konsument mit geringem Informationsaufwand seine Bedürfnisse befriedigen, das Gegenteil geschieht bei den öffentlichen Gütern.

3. Unterschiede beim Ausmaß der Entscheidung des Kunden. Bei privaten Gütern ist er nur für sich selbst verantwortlich. Bei den öffentlichen sitzen alle in einem Boot, seine Entscheidung betrifft nicht nur ihn selbst[24].

Die Politik verlangt deshalb viel mehr Verantwortung. Die Entscheidung des Einzelnen hat auf die ganze Gesellschaft Einfluss. Die Andersartigkeit der öffentlichen Güter stellt ihre Nutzung für alle zur Verfügung. Auch diejenigen, die nicht bei der Entscheidung beteiligt sind, sind von den daraus folgenden Konsequenzen nicht ausgeschlossen. Auf dem Markt kann der Einzelne, wenn er keine Gewinnchancen mehr sieht, sich aus dem Spiel zurückziehen, in der Politik sind solche Handlungen nicht möglich.

In der ökonomischen Theorie geht man davon aus, dass die Bürger ihre Präferenzen kennen und ihre Wünsche klar äußern. Sie basiert auf der Voraussetzung der Rationalität und Logik des menschlichen Handelns. Die Ökonomie als Wissenschaft hat ihren Ursprung in der Zeit der Faszination über die menschliche Vernunft und einen fast „religiösen" Glauben an den Fortschritt der Moderne. Wir können die Unterschiede[25] zwischen Markt und Politik durch folgendes Schema deutlicher zeigen:

Markt	Politik
Information und die Entscheidungsaufgabe sind begrenzt.	Informationsmenge. Nachfrager und Anbieter sind stark gefordert und überfordert.
Eine Welt der Dinge.	Primär ein Ort menschlicher Begegnung oder Konfrontation.
Die Entscheidung trifft der Einzelne für sich selbst.	Der Einzelne ist überfordert, sucht deshalb eine Gruppe, die ihm durch: – Argumente – und Affekte einen Schutz bietet.
Der Konsument trifft seine Wahl unter den Angeboten des Marktes.	Der Wähler stellt nur seine Präferenzen als Vorschläge zur Verfügung. Er kann nie sicher sein, dass seine Ideen angenommen werden.

Die ökonomische Dimension reicht nicht aus, man braucht einen psychologischen Blickwinkel, um das Problem exakter zu analysieren. Der ökonomische Ansatz geht einfach davon aus, dass der Konsument, genauso wie es auf einem Markt geschieht, sich rational für oder gegen bestimmte öffentliche Güter entscheidet. Die Betonung der Logik und Rationalität verschweigt die anderen Faktoren, die bei dem Entscheidungsprozess mitwirken. Die ökonomische Sichtweise verlangt einfach nach Ergänzung.

[24] Ebd., S. 22 ff.
[25] Ebd., S. 22–30.

2. Unternehmerisches Handeln

Was macht ein Unternehmer?

Beschaffung, Produktion und Absatz, die drei Grundaufgaben jedes Unternehmens, bedingen, dass sich die Arbeit in zwei Bereichen vollzieht, dem eigentlichen Betrieb, der Stätte der Produktion (Be- und Verarbeitung, Veredelung, Umformung durch Menschenhand und Maschinen), und dem kaufmännischen Bereich (Rechnungswesen, Vermarktung). Die Unternehmensleitung hat die Aufgabe, beide Bereiche zu verbinden, zu steuern und zu überwachen[26].

Das Handeln eines Unternehmers hat einen Gewinn von Geld oder Ansehen zum Ziel, wie es Martin Zeitler in seiner Dissertation über Kollektivphänomene betont. Dabei ist es interessant, dass in den politischen Bereichen das Ansehen im Vordergrund zu stehen scheint.

Wenn das Ansehen des sozial Handelnden steigt und er anerkannt, akzeptiert, als glaubwürdig angenommen ist, wird er zum Gewinner im sozialen Spiel. Führen sein Verhalten, seine Handlungen zu umgekehrten Ergebnissen, erleidet sein unternehmerisches Vorhaben Verluste. Deshalb ist jeder Mensch ein bewusster oder unbewusster Unternehmer, wie dies mit Recht M. Zeitler schreibt[27]. Die Marktprozesse wurden hier von monetären auf moralische Aspekte angewandt. Wie das Ziel der wirtschaftlichen oder ökonomischen Handlungen des Menschen ein Gewinn — das Geld — ist, bleibt im moralischen Bereich das Ziel des sozial Handelnden der Gewinn des Ansehens. Es geht dabei nicht nur um Befolgung der eigenen Interessen, sondern das Individuum handelt wie ein normaler Unternehmer: Auf dem Markt verfolgt er die Veränderung der Konjunktur, die Erwartungen und Wünsche der Kundschaft, um in jeder Marktlage Profite zu erzeugen. Er muss also aus eigenem Interesse (um sein Ziel zu erreichen) die Interessen der anderen ins Auge fassen, also möglichst gut darüber informiert sein, was seine Kunden von ihm erwarten, um auf ihre Wünsche eine richtige Antwort zu geben. Er ist durch die Umstände seiner Tätigkeit indirekt gezwungen, etwas Gutes für die anderen (Gemeinwohl) zu tun, denn erst dann kann er mit dem Gewinn rechnen. Je besser es ihm gelingt, die Wünsche und Erwartungen der anderen Marktteilnehmer richtig zu diagnostizieren und für ständig neue Situationen und veränderte Lagen eine gute Lösung zu finden, desto mehr wird er an Ansehen und an Geld gewinnen.

Jeder Mensch betreibt quasi sein eigenes Meinungs- Forschungsunternehmen und seine eigene PR-Agentur[28]. Der Begriff des Unternehmers spielt also eine wichtige Rolle in der Theorie der sozialen Ordnung, die wir jetzt kurz darzustellen versuchen.

---

[26] B. Sutor (Hrsg.), Politik, Paderborn 1979, S. 339.
[27] M. Zeitler, w.o., S. 59.
[28] Ebd.

3. Politische Unternehmer

A. Politiker als *Kombinierer von Wissen*

Die klassische Wirtschaftstheorie kennt keinen Unternehmer. Sie kennt Bäcker, Kaufmänner, usw.[29] Erst Josef Schumpeter beschreibt in seiner ökonomischen Theorie den Politiker als Unternehmer, also *Kombinierer und Durchsetzer von Wissen*[30]. *Willensäußerungen setzen sich in der Regel nicht unmittelbar durch. Selbst wenn sie kräftig und bestimmt sind, bleiben sie oft während vieler Jahrzehnte latent, bis sie von irgend einem politischen Führer, der sie in politische Faktoren verwandelt, zum Leben erweckt werden*[31].

Die Möglichkeiten des Marktes, die bis jetzt nicht genutzt waren, weil keiner sie als Gewinnchance gesehen hat, bieten für unseren Unternehmer eine neue Handlungsperspektive[32]. Er erkennt, dass *Gegenübersetzung von verschiedenen Preisen einen Unterschied ergeben, der als Gewinn abschöpfbar ist*[33]. Wie es Schumpeter beschreibt, „kombiniert" er, wie man anders als bis jetzt, das heißt billiger, mit weniger Kraftaufwand eine Ware produzieren kann[34]. Dieses Kombinieren setzt also voraus, dass der Unternehmer gute Informationen hat und durch neue Lösungen und Umbau der bisherigen Elemente (wie in einem Legospiel) neue Produkte herstellt.

Zu einem neuen Produkt *(framing)* braucht er auch schließlich eine Werbung *(promoting)*, um seine Ware auf dem Markt zu verkaufen[35]. Er baut die bisherigen Elemente des Produktionsprozesses um *(framing)*, um zu einem neuen Produkt zu kommen, das dabei gar nicht besser als das Frühere sein muss. Es genügt, wenn man durch eine angepasste Werbung seine Andersartigkeit und Neuigkeit als die beste Ware so anpreist, bis die Ware verkauft ist und der Markt reif für ein neueres Produkt zu sein scheint *(promoting)*[36].

Nach Schumpeter lässt sich auch der Politiker als Unternehmer bezeichnen. Er muss auch neue Kombinationen erfinden, um dann seine Lösungen als die beste Ware auf dem Markt der Ideen zu verkaufen. Willensäußerungen setzen sich, so der Autor, in der Regel nicht unmittelbar durch. Sie warten auf einen politischen Unternehmer, auf einen *politischen Führer, der sie in politische Faktoren verwandelt*[37]. Um ihre Positionen in den öffentlichen Debatten gut verkaufen zu können, müssen die Politiker wie Unternehmer handeln. An dieser Aussage lässt sich nicht rütteln. Die ökonomische Sichtweise, die aus der Beschreibung von Marktprozessen auf die Sozialprozesse überging und angewandt wurde, zeigt hier große Wirklichkeitsnähe und wirkt überzeugend.

---

[29] Bei A. Smith gibt es Kaufleute, aber keine Unternehmen; Siehe: M. Zeitler, w.o., S. 59.
[30] J.A. Schumpeter, w.o., S. 429.
[31] Ebd.
[32] M. Zeitler, w.o., S. 64.
[33] Ebd. S. 63.
[34] J.A. Schumpeter, w.o., S. 111.
[35] Ebd.
[36] M. Zeitler, w.o., S. 63–64.
[37] J.A. Schumpeter, w.o., S. 429.

Der aus Gewinnmaximierung handelnde Unternehmer ist jetzt zum politischen Unternehmer geworden, wie es auch Downs erkannt hat. *Der Politiker startet nicht anders als ein echter Unternehmer*[38]. Er ist getragen durch die Bereitschaft zur Innovation. Der Konkurrenzkampf der Politiker ist, wie es Schumpeter ausdrückt, die Triebkraft allen politischen Handelns[39]. *Die Demokratie ist die Herrschaft des Politikers*[40].

Die Politiker streben im Modell Downs *niemals ein öffentliches Amt an, weil es ihnen ermöglicht, bestimmte politische Konzepte zu verwirklichen*, sondern ihr Ziel ist es, ihre eigenen Vorteile, die mit dem Amt verbunden sind, zu genießen. Das Ziel ist, die Wahlen zu gewinnen[41]. Das Nebenprodukt des Eigennutzes der Politiker ist, was wir als Ziel der Politik betrachten: das Angebot von öffentlichen Gütern bis hin zu den sozialen Leistungen des Staates. Alles ist nach Downs nur eine Nebensache. Das wahre Ziel des politischen Unternehmens ist es Profite zu erzielen. Downs hatte eine interessante Wählertypologie entwickelt, es fehlte aber ein Versuch der Unternehmertypologie, so Kirsch/Mackscheidt[42].

Hat der Politiker insgesamt die gleichen unternehmerischen Regeln zu erfüllen wie ein Ökonom im Wirtschaftsprozess? Aus dem Obengesagten lässt sich feststellen, dass diese Theorie die Sachlichkeit, Rationalität und Logik der Entscheidungsbildung des Politikers, sowie seiner Wähler voraussetzt. Die ökonomische Perspektive fordert für einen politischen Unternehmer:

1. Logik des Handelns

Das Individuum sowie eine Gruppe handeln logisch, rational, um ein Ziel d.h. einen Gewinn zu erreichen.

2. Marktrationalität endet in „Moralfunktionalität".

Man geht hier davon aus, dass Markt und Moral keine gegensätzlichen Handlungsprinzipien sind, sondern unter normalen freiheitlichen Bedingungen Moral genauso wie Markt funktioniert.

3. Homogenität von monetären und moralischen Marktprozessen.

Es wird der Dichotomie von Markt und Moral widersprochen[43].

Der Unternehmer will in der Öffentlichkeit wirksam sein. Er sucht aus eigenem Interesse nach neuen Lösungen und wirbt um Publikum für seine Angebote. Das Wissen um den Wert von verschiedenen Handlungsalternativen wurde in unserer Theorie auf gleicher Ebene mit dem Wissen über Marktprozesse gestellt. Dabei sollen wir fragen: Woher kommt dieses Wissen um den Wert von verschiedenen Alternativen? Es lässt sich nicht so leicht und eindeutig, wie es die ökonomische Theorie will, feststellen, was in der Politik gut und was besser ist. Man überspringt hier stillschweigend die Tatsache des Subjektivismus, d.h. die gleichen Handlungen können für zwei verschiedene Individuen ganz unterschiedliche Bedeutung haben. Die Ökonomische Theorie geht hier aber davon aus, dass es ein einziges präzises Werturteil, genauso wie auf einem Markt, den Wert gibt. Das aber setzt den

[38] G. Kirsch, K. Mackscheidt, w.o., S. 34.
[39] Ebd., S. 35.
[40] J.A. Schumpeter, w.o., S. 452.
[41] G. Kirsch, K. Mackscheidt, w.o., S. 35.
[42] Ebd., S. 37.
[43] M. Zeitler, w.o., S. 74–76.

Glauben an die Objektivität der Meinungen und Werte voraus. Die materialistischen, ökonomisch präzisen Berechnungen lassen sich im moralischen Bereich nicht so leicht anwenden.

In Sinne der Ökonomischen Theorie bilden die Marktprozesse gleichzeitig Informationsprozesse. Wir erhalten Infos über die Existenz der Güter und ihren Wert. Man geht davon aus, dass die Wahlmöglichkeiten dem Wähler bekannt sind. Der Unternehmer steht, im Lichte dieser Theorie, der Masse etwas voran. Er ist besser informiert und durch sein Wissen, sowie seine Kombination, erstellt er neue Produkte, die er zu verkaufen versucht. Die Politiker sollten also im Sinne dieser Theorie das gleiche tun: sie sammeln Informationen, Wissen, welches für die Öffentlichkeit gut ist und bewähren sich unternehmerisch, im Wettbewerb der Ideen, zwischen Zustimmung und Ablehnung.

In monetären Marktprozessen kann man die Preise leicht unterscheiden. Die Preise lassen sich bei Material in Geldeinheiten ausdrücken. Die Marktanalyse fällt hier leicht. Anders im politischen Bereich. Hier drückt sich der Preis in einer öffentlichen Meinung aus, die ständig wechselt und, was wichtiger ist, sie hängt viel mehr von äußeren Manipulationsmöglichkeiten bei der Informationsbeschaffung ab. Die politische Wirklichkeit ist einfach viel komplizierter, als die ökonomische Theorie sie sehen will. Die Tatsache, dass es auch in den sozialen und politischen Bereichen ein Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, von Zustimmung und Ablehnung gibt, ist selbstverständlich hilfreich, benötigt aber eine psychologische Ergänzung.

B. Die Rolle der Politiker

Die klassische Theorie hat der Wählerschaft ein völlig wirklichkeitsfremdes Ausmaß von Initiative zugesprochen, was gleichzeitig eine Unterschätzung der Politiker bedeutete. Der Mechanismus des kollektiven Handelns wurde nicht mit der Person des Führers verbunden sondern mit der Masse. Die ökonomische Theorie Schumpeters ist deshalb viel zutreffender und wirklichkeitsnäher, weil sie die Rolle des Politikers in ihrer tatsächlichen Bedeutung sieht.

Mit Recht betont Schumpeter in seinem Werk, dass die Willensäußerungen der Gruppen oft unbekannt bleiben, bis ein politischer Führer sie artikuliert[44]. Die Hauptfunktion der Wählerschaft ist, eine Regierung zu wählen, sie installiert damit ihre Führer[45].

Das Prinzip der Demokratie bedeutet nach Schumpeter, dass die Zügel der Regierung jenen übergeben werden sollten, die über mehr Unterstützung verfügen als die anderen, in Konkurrenz stehenden Individuen oder Teams. Das Volk regiert im Grunde nicht, sondern hat nur eine Möglichkeit, die Männer (oder Frauen) zu wählen, die es beherrschen sollen. *Die Demokratie ist nicht die Herrschaft des Volkes, sondern des Politikers*[46]. Diese Definition betont damit das Kriterium des freien Wettbewerbs zwischen den Kandidaten.

---

[44] J.A. Schumpeter, w.o., S. 429.

[45] „Die Demokratie bedeutet nur, dass das Volk die Möglichkeit hat, die Männer, die es beherrschen sollen, zu akzeptieren oder abzulehnen"; ebd., S. 452.

[46] Ebd.

C. Rechtfertigung der moralischen Durchschnittlichkeit

Die Tatsache, dass in der Demokratie *das Volk die Streitfragen weder stellt noch entscheidet, sondern dass diese Fragen, die sein Schicksal bestimmen, normalerweise für das Volk gestellt und entschieden werden*[47], wie es Schumpeter mit Recht sagt, sowie die Kurzfristigkeit der Perspektive (die Regierungszeit dauert nur vier Jahre) führen dazu, dass der Politiker seine Produkte so formulieren muss, dass er sie wirksam verkaufen kann. Letztendlich geht es ihm um die Gewinne, d.h. um die Macht. Aus der Sicht der ökonomischen Theorie sind moralische Werte sowieso weniger gefragt, die Gesellschaft hört lieber die „schöneren" Wahlversprechen und Erfolgsgeschichten; deshalb ist unser politischer Unternehmer im Sinne der Theorie gerechtfertigt. Der utilitaristische Rationalismus bietet für dieses Handeln die theoretische Grundlage. Die Utilitaristen waren alles andere als religiös, sie empfanden sich als frei von allen moralischen Verpflichtungen. Es ist deshalb kein Wunder, dass die Politiker lügen[48]. Sie handeln so, wie es die Theorie vorsieht: kalt, skrupellos, materialistisch.

Wir sollen uns deshalb nicht wundern, dass z.B. Herrn Eichels oder Schröders Berichte über die Finanzlage des Staates vor den Wahlen viel optimistischer als 3 Wochen nach den Wahlen waren. Unser Medienkanzler handelte in diesem Fall ausnahmsweise wie ein politischer Unternehmer. Auch wenn sein Ansehen jetzt etwas leidet, besser jetzt, als vor den Wahlen. Jede Strategie, die zur Wiederwahl führte, war gut. Er hat sein Ziel erreicht.

III. PSYCHOLOGISCHER ANSATZ. POLITIK ALS SPIEL DER NEUROSEN

1. Begrenzte Freiheit der politischen Entscheidung

Der zentrale Begriff bei der psychologischen Untersuchung der Demokratie ist die Neurose. Die Wähler und die Politiker sind nach Ansicht der Autoren Neurotiker im klinischen Sinne. Es geht hier um die innere Freiheit oder ihren Mangel in den konkreten Personen, darum, die daraus resultierende begrenzte oder befreiende Begegnungsmöglichkeit des Menschen festzustellen. Wenn in der Theorie der Demokratie über die Souveränität des Volkes gesprochen wird, wollen wir das Problem aus der psychologischen Sicht betrachten. Die Frage lautet also: ob die Politiker (und ihre Wähler) ihre innere Souveränität/Freiheit oder Unfreiheit austragen und in ihrer Begegnung mit der Welt positiv oder zerstörend wirken. Es geht deshalb nicht um die äußeren Freiheiten, sondern mehr um die innere Freiheit des Menschen, die eigentlich in der ökonomischen Theorie stillschweigend vorausgesetzt wird. Unsere Frage lässt sich also so formulieren: Welche Politiker brauchen wir, damit unsere Demokratien nicht in Totalitarismus enden?

[47] Ebd., S. 420.

[48] „Da der Mensch immer als erstes für seine Ideale und Interessen zu lügen bereit sein wird, dürfen wir erwarten und finden wir auch tatsächlich, dass eine wirksame Information beinahe immer verfälscht oder ausgewählt ist und dass eine wirksame Argumentation in der Politik haupsächlich darin besteht, gewisse Behauptungen zu Axiomen zu erheben und andere von der Traktandenliste zu streichen; so kommt es auf die oben genannte Psychotechnik aus"; ebd., S. 419.

Schon die ökonomische Theorie der Politik bezweifelt und zerstört die klassische ideale Vorstellung über die Demokratie als Regierung des Volkes, wenn Schumpeter nur über eine Methode des Machteroberns spricht. Somit steht im Zentrum unserer Ausführungen über Demokratie nicht die Souveränität des Volkes, sondern die Politiker selbst. Dabei muss man natürlich bemerken, dass die Politiker immer ein Produkt der konkreten Gesellschaft sind. Die Gesellschaft schafft sie durch konkrete Umstände: äußere institutionelle, soziale, wirtschaftliche Bedingungen, und innere kulturelle, moralische, psychologische Milieus, die einen konkreten Politikertyp bevorzugen oder ablehnen. Die ökonomische Theorie behandelt also eine Figur des Politikers, der in seinem Engagement mit der Welt und Weltwertvorstellung seiner Wähler identisch ist. Diese Voraussetzung setzt eine Durchschnittlichkeit des Politikers voraus, wie es Zöller formuliert. Das Problem liegt aber darin, dass das Verhältnis des Menschen zu sich selbst und zu den anderen sich nicht auf das Verhältnis zu den Dingen reduzieren lässt. Der Mensch ist kein Roboter[49].

Die Wirklichkeit sieht viel komplizierter aus. Erscheinungen wie Loyalität, Aggressivität, Neid, usw. beeinflussen stark die menschlichen Beziehungen, und die Analyse der Politiker nur *auf sachgerechte Funktionen der politischen Entscheidungsmaschine* zu reduzieren, erscheint unzureichend[50]. Die streng sachliche Betrachtung der ökonomischen Theorie der Politik kennt keine irrationalen, emotionalen Einflüsse. Die Menschen hören aber nicht nur „was" jemand sagt, sondern „wer" und „wie" er es sagt. Die unsachlichen Faktoren spielen oft eine größere Rolle bei der Entscheidungsbildung als es die rationalen Theorien sich wünschen. Deshalb können wir diese Theorie als idealistisch verstehen, weil sie einen Idealtyp des Politikers formuliert.

Man muss nach den Bedingungen fragen, unter denen das rationale bzw. das emotionale Element an Gewicht gewinnt. Die sachorientierte Politik ist sehr überzeugend, wenn es um die Erklärung der Sachentscheidungen geht, sie kann aber nicht so gut die emotionale Konfrontation von Personen, den wirklichen Konkurrenzkampf zwischen den Politikern erfassen. Sie kennt nur Interessen. Das mechanische Bild der Politik lässt viel kompliziertere psychologische Prozesse der Einflussausübung außer Acht. Eine Ergänzung herauszuarbeiten, ist deshalb angebracht. In der Wohlfahrtsökonomie ist der Wähler nur nach Präferenzen gemessen und nur auf dieses Kriterium reduziert. Die Wähler sollten also im Idealfall immer klar wissen, für welches Gut sie sich entscheiden. Niemand soll gezwungen werden. Es geht hier um äußeren Zwang. Der Wähler ist und soll souverän bleiben.

Die Wirklichkeit sieht aber viel bescheidener aus:

1. Der Wähler trifft seine Entscheidungen aufgrund von unzureichenden, sogar falschen Informationen.

---

[49] „Die Politiker selbst erscheinen in dieser Demokratieanalyse als merkwürdig leblose Wesen, Marionetten, die sich bewegen, aber nach Gesetzmäßigkeiten, welche die ihren nicht sind, die Arbeiten ausführen, deren Sinn bzw. Sinnlosigkeit sie weder sehen können noch einsehen müssen, weil es die ihren ohnehin nicht sind (...)"; G. Kirsch, K. Mackscheidt, w.o., S. 12; ebd., S. 6.

[50] Ebd., S. 12.

2. Er schaut auf die Mehrheit und lässt sich somit irrational beeinflussen (Mitläufereffekt)[51].

3. Der subjektive Faktor der Zuneigung und Sympathie zu einem konkreten Politiker kann für den Wähler viel wichtiger sein als alle sachlichen Kompetenzen oder Inkompetenz des Kandidaten. Siehe das Beispiel des Kanzlerkandidaten Schröder, der in allen Meinungsumfragen nicht als „kompetenter" sondern als „sympathischer" gegen den Herausforderer Stoiber gewonnen hat.

Der Ökonom geht davon aus, dass die Wähler informiert sind. Der Politiker in seinem System sollte nun die Präferenzen der Individuen kennen und sie repräsentieren. Versuchen wir jetzt kurz der Frage der Freiheit der Entscheidung nachzugehen.

Private Güter	Öffentliche Güter
Der Konsument wählt völlig uneingeschränkt.	Er hat Probleme mit der Wahl.
Eine geringe Anzahl von Informationen ist zu verarbeiten.	Er muss viele, unzählige Informationen verarbeiten. Er ist überfordert.
Die Freiheit der Entscheidung ist gewährt.	Begrenzte Souveränität bei der Entscheidung.
Die Möglichkeit der Informationsbeschaffung ist für alle gleich garantiert.	Begrenzte, eingeschränkte Souveränität der Wahl durch mangelhafte, schwache Informationen.
Der Konsument ist nur für sich selbst verantwortlich.	Der Wähler übernimmt die Verantwortung für alle.

Aus dem Obengezeigten lässt sich feststellen, dass zwischen dem Markt der privaten Güter und dem öffentlichen, politischen Bereich sich nicht nur Ähnlichkeiten ergeben, sondern auch große Unterschiede[52]. Der ökonomische Ansatzpunkt ist deshalb mehr postuliert als verwirklicht. Die Chancengleichheit der Wähler ist nur ein Werbeangebot, was mit der Wirklichkeit nicht viel gemein hat. Der Wähler ist in den politischen Spielen nicht autonom und souverän. Er kann sich falschen oder mangelhaften Infos, die ihn beeinflussen, nicht widersetzen oder entziehen[53]. Er muss entscheiden, auch wenn er gar keine Informationen hat oder sogar keine Entscheidung treffen will. Nach Meinung der Autoren des Buches *Staatsmann,*

[51] „Beispilweise konnte gezeigt werden, dass sich unmittelbar nach Suiziden, wenn sie in den Medien ausgiebig behandelt wurden, die Zahl der Todesopfer bei Unfällen von Maschinen der kommerziellen Fluggesellschaften um 1000 Prozent erhöht"; R. Cialdini, Die Psychologie des Überzeugens, Bern u.a. 1997, S. 173; Das Prinzip der sozialen Bewährtheit, d.h. „dass wir uns bei der Entscheidung, ob etwas richtig ist, häufig daran orientieren, was andere für richtig halten", wird nach der Meinung der Psychologen, oft von den Massenmedien ausgenutzt, um das Publikum zu beeinflussen; Siehe ebd., S. 144.

[52] G. Kirsch, K. Mackscheidt, w.o., S. 23–26.

[53] „Er ist nicht frei das Spiel zu verlassen"; Er kann auch nicht frei „seinen Einsatz autonom zu bestimmen"; ebd., S. 24.

Demagoge, Amtsinhaber scheint die ökonomische Theorie der Politik nicht nur eine Vereinfachung der Wirklichkeit zu betreiben, sondern sogar ihre Verfälschung[54].

Der Mensch geht andere Wege bei der Gewinnung von Präferenzen für öffentliche Güter. Die ökonomische Sichtweise wird hier deshalb durch die psychologischen Erkenntnisse ergänzt. Das rationale Kalkül bei den Kollektivgütern muss durch die emotionalen Faktoren ergänzt werden. Die Tabelle unten zeigt die Unterschiede zwischen den beiden Dimensionen.

Private Güter	Öffentliche Güter
Hier lebt der Einzelne in einer Welt der Dinge.	Sie ist ein Ort der menschlichen Begegnung oder Konfrontation.
Informationsbeschaffung einfach durch die Erfahrungen mit den Dingen.	Flut von Infos, deshalb Überforderung bei der Entscheidung. Durch die Begegnung mit Menschen, indem man sich ihren Argumenten und Affekten stellt.
Der Einzelne kann sich allein entscheiden. Eine sachliche Herausforderung (Kontakt: Individuum — Dinge).	Es entsteht ein Verhältnis der Ungewissheit. Die Partner benötigen einen Rat des Experten. Eine affektive Herausforderung[55].

Dabei ist es wichtig zu erwähnen, dass bei den Wählern, wie es schon Downs bemerkte, große Unterschiede sich zeigen, die ihrer postulierten rationaler Entscheidungsfreiheit deutlich im Wege stehen. Bei Downs finden wir folgende Wählertypologie:

1. Engagierte Wähler, die andere auf ihre Seite zu ziehen versuchen.
2. Apathische Wähler, die keinerlei Interesse an Politikern haben. Sie bilden keine Präferenzen und enthalten sich ihrer Stimme.
3. Unentschiedene, „ratlose" Wähler, sie sind informiert oder schwach informiert, sie haben sich jedoch noch nicht entschieden[56].

Die letzte Gruppe ist noch offen für eine mögliche Beeinflussung. Die loyalen und die apathischen sind nicht oder nur schwer beeinflussbar. Die gut informierten Bürger kann man mit sachlichen Argumenten überzeugen; die schlecht informierten warten dagegen auf andere Argumente als die Logik der Sachlichkeit. Um sie zu gewinnen, braucht der Politiker andere Angebote.

2. Neurose oder innere Freiheit — Unterschiede in der Wirklichkeitswahrnehmung

Die ökonomische Theorie reichte aus, wenn der Mensch sich in seinen Handlungen an den Sachen orientieren würde. Wenn man aber die ganze Wirklichkeit nur aus materieller Sicht betrachtet und auch andere Menschen lediglich als

[54] „War schon ihre (ökonomische — Z.W.) Theorie des Marktes eine Vereinfachung, so droht ihre Theorie der Politik — bleibt sie allein — eine Verfälschung zu sein"; ebd., S. 25.

[55] Ebd., S. 30.

[56] Ebd., S. 33.

eine „Ware" oder „Sache" beschreibt, scheint diese Reduktion zu weit zu gehen. Der Mensch ist nämlich jemand, der nicht nur die Sachen haben will, wie es Kirsch und Mackscheidt mit Recht betonen, *sondern auch jemand, der an sich, an anderen und an Sachen leidet*[57]. Es geht dabei um den ganzen Bereich der Bedürfnisse, der Affekte, Gefühle, die sich viel stärker, als es die ökonomische Theorie will, in den gesellschaftlichen Handlungen auswirken. Die Autoren fügen, aus psychologischer Sicht, zwischen den Menschen, eine Unterscheidung ein:

- innerlich freie;
- neurotische (innerlich unfreie) Menschen.

Nach ihrer Meinung ist diese Unterscheidung und die Analyse der neurotischen Ängste für die Politik und Politikertypen relevant. Was unterscheidet diese beiden oben vorgestellten Menschen?

Neurotiker	Gesunde Menschen
Er hat Probleme mit der richtigen Einschätzung seiner Möglichkeiten.	Er erkennt seine Bedürfnisse und Möglichkeiten.
Er kann die Grenzen, die die Welt der Befriedigung seiner Wünsche setzt, nicht erkennen.	Er sieht realistisch seine begrenzten Möglichkeiten.
Die Grenzen sind für ihn zu eng oder zu weit.	Er verleugnet nicht die Grenzen, die dem Ausleben seiner Lust entgegenstehen. Er zieht diese Grenze nicht zu eng oder zu weit, sondern erkennt sie an.
Er versucht die Grenzen zu leugnen. Um seine Wünsche zu erfüllen, zerstört er alles, was seiner Erwartung von richtigen Grenzen widerspricht.	Er nutzt seine Möglichkeiten und überschreitet nicht die Grenzen des Unmöglichen. Er bleibt nüchtern und realistisch.
Er glaubt, weitergehen zu müssen, auch wenn er objektiv in der Sackgasse steckt; (kein weiterer Weg mehr da ist). Er kann nicht unterscheiden zwischen Möglichem und Unmöglichem.	Er respektiert die Begrenztheit seiner Möglichkeiten und kooperiert mit der Wirklichkeit, anstatt sie zu zerstören. Er kann zwischen Möglichem und Unmöglichem unterscheiden.
Er hat keine innere Freiheit, er ist befangen in seiner Zwanghaftigkeit.	Er ist innerlich frei.
Er folgt seinen Zwängen und Phobien, er glaubt einen gewissen Weg gehen zu müssen. Es ist der einzige Weg, den er überhaupt wahrnehmen kann.	Er folgt seinem Gewissen und kann aus den vielen möglichen Wegen den richtigen auswählen, *den er glaubt, beschreiten zu sollen, nicht aber zu müssen*[58].

Die politische Theorie des Liberalismus hat sich ganz auf die äußeren Zwänge und Freiheiten konzentriert. Der Mensch, sei es ein Wähler, oder ein Politiker, ist innerlich ein freies Wesen. Man könnte behaupten: die innere Unfreiheit betrifft die

[57] Ebd., S. 45.
[58] Ebd., S. 45–47.

Privatsphäre und ist für die Politik nicht relevant. Ob die Ansichten des Politikers neurotisch bedingt sind oder nicht, spielt für die Wettbewerbstheorie keine Rolle.

Nach Adorno ist die innere Unfreiheit des Neurotikers gefährlich für die Gesellschaft, weil sie nach außen als Hunger nach Unterwerfung seiner selbst oder nach Unterwerfung anderer ausgelebt wird[59]. Der Mensch trägt seine eigene Souveränität oder seine innere Unfreiheit in die Gesellschaft.

Neurosen sind immer kostspielige Versuche, das eigene Gleichgewicht zu wahren. Wenn das Individuum mit eigener Abwehrkraft oder Sublimationsmechanismen der Wirklichkeit nicht widerstehen kann, neigt es dazu, sie anzugreifen[60]. Der Neurotiker baut sich ein Korsett der inneren Zwänge, das ihm Unterstützung und Abwehr gegenüber der Wirklichkeit bietet. Bestimmte Wirklichkeitselemente werden aktiv übersehen und geleugnet. Die Selektivität, die Vorurteile, die Phobien und Zwänge (Verbote und Gebote) verringern seine innere Freiheit, sie machen ihn zum Neurotiker. Die Möglichkeiten werden nicht wahrgenommen, sie werden weggeleugnet oder unterschätzt. Die Autoren unterscheiden folgende 3 Phasen der neurotischen Krankheit:

1. Verleugnung der Wirklichkeit.
2. Verstümmelung. Die Möglichkeiten werden um ihre Anziehungskraft gebracht.
3. Zerstörung. Diese Möglichkeiten, die nicht existieren sollen, werden zerstört oder mindestens aus dem Blickfeld gebracht. Die Menschen, die solche Möglichkeiten repräsentieren und vorleben, werden psychisch, sozial oder physisch totgemacht[61].

Wie begegnet ein neurotischer Mensch der Welt? Dort, wo Sublimation, Verdrängung zu schwach sind, um ein Gleichgewicht aus eigener innerer Kraft zu finden, steigt die Frustration und Aggression. Der Mensch trägt seine inneren Zwänge und Ängste in die Politik hinein.

Das Nichtwahrnehmen von Möglichkeiten, die die Wirklichkeit bietet, in der Politik ist noch leichter und wahrscheinlicher, da in der Realität die Informationsbeschaffung mit erheblichen Schwierigkeiten und Kostenaufwand verbunden ist. Das demokratische System beeinflusst und verstärkt die irrationale Seite des menschlichen Handelns. Dem rationalen Kalkül des Bürgers entspricht also *sich über politische Fragen nicht oder nur wenig und eher zufällig zu informieren*[62]. Politik bietet also den Raum für das unsachliche, irrationale, emotionale Ausleben von Neurosen, denn *wo Intellekt nicht hinreicht, haben die Affekte ein leichtes Spiel*[63]. Dabei ist es für den Betroffenen schwierig objektiv zu durchschauen, ob und wie weit er in seinem Verhalten durch neurotische Zwänge und Affekte gelenkt ist.

Je weniger Information die politische Rede beinhaltet, desto leichter ist es für den Einzelnen den Worten den Inhalt zu geben, *der das im Dunkeln lässt, was im Schutze des Unbewussten jeder Analyse entzogen bleiben soll*[64].

---

[59] Ebd., S. 52.
[60] Ebd., S. 54–55.
[61] Ebd., S. 59–60.
[62] Ebd., S. 61.
[63] Ebd.
[64] Ebd., S. 62.

Der Mensch sucht nicht nur die Freiheit von äußerem Zwang, er sucht auch diesen Zwang. Es kann also dazu kommen, dass die äußere Freiheit durch die Zwanghaftigkeit der Politiker verloren geht. Nach Kirsch/Mackscheidt muss man also nicht nur *das Individuum vor dem Zugriff des staatlichen Zwanges, sondern auch den Staat von der Zwanghaftigkeit seiner Bürger schützen*[65].

Die äußere Freiheit und ihre Gefährdung erscheint in der ökonomischen Theorie der Politik als einziges Problem. Der innere Freiheitsmangel oder sogar die Unfähigkeit zur Freiheit darf aber in unserer Analyse nicht vernachlässigt werden.

3. Politiker und ihr Einfluss auf die Gesellschaft

A. Die Rolle der Politiker

Bei dem Problem der Rolle der Politiker, die ihnen die ökonomische Sichtweise zuschreibt, können wir die Frage stellen, ob wir die Politiker nur an das, was die Wähler wollen, binden können. Nach dem ökonomischen Modell fällt die Antwort leicht: Die Politiker können nicht, sondern sie sollen an den Wählerwille gebunden werden.

Die psychologische Sichtweise ist hier realistischer. Die innere Souveränität oder ihr Mangel bei dem Politiker lässt sich nicht vorprogrammieren. Einerseits sollen die Politiker den Bürgern jene Freiheit nehmen, zu der diese nicht fähig sind, andererseits sollen sie die Bürger in die Freiheit führen, die für sie zuerst als ihr Gegenteil erscheinen kann, so Kirsch und Mackscheidt[66].

Der Politiker kann dem einzelnen Bürger helfen *seinen Zwängen und Phobien zu entwachsen, mit anderen Worten: ein freier Mensch zu werden.* Wie ein Therapeut kann er helfen *die Wirklichkeit verantwortlich und sachgerecht zu gestalten und sie dort, wo sie jenseits seiner Gestaltungsmöglichkeiten liegt, in nüchterner Gelassenheit hinzunehmen*[67].

Als Erbe der liberalen Philosophie haben wir das Menschenbild übernommen, das nur liberale Interessen kennt. *Homo homini lupus* est funktioniert in der ökonomischen Analyse mit der minimalistischen Voraussetzung des individuellen Egoismus und des Kampfes um Dinge. Deshalb ist der eine für den anderen ein „Ding", „Werkzeug", „Instrument" auf dem Weg zur Befriedigung seiner Bedürfnisse. Der Mensch ist hier entweder nutzbar oder er ist als Konkurrent zu bekämpfen. Nur das Interesse an den Sachen (Dingen) haben, in dieser Sichtweise, die Menschen gemeinsam. In dieser Welt begegnet man zwei Arten von gegenseitigen Beziehungen zwischen den Menschen:

1. Menschen, die sich mit ihren Interessen „in die Quere kommen."
2. Menschen, die in der Kooperation ihre Erfolge suchen[68].

In der Wettbewerbstheorie reduziert sich nun die Frage auf das Thema: wie der Streit um die Dinge zu regeln sei. Das Ziel wäre also, einen ständigen Konflikt der Interessen in ein leistungsorientiertes Kooperationsmodell zu verwandeln[69].

---

[65] Ebd., S. 64.
[66] Ebd., S. 65.
[67] Ebd.
[68] Ebd., S. 67.
[69] Ebd., S. 67–69.

In der Politik geht es aber nicht nur um Streit um die Ressourcen, sondern auch um einen Konflikt über die Bedürfnisse, um den Wettbewerb der konkurrierender Ängste und Aggressionen. Der Gegner wird hier als Existenzbedrohung empfunden, was zu einem Kampf auf Leben und Tod führen kann.

B. Paradoxe des politischen Wettbewerbs

Die Politiker begegnen dem Wähler nicht alle vier Jahre, sondern sie müssen ständig um Anerkennung beim Volk ringen, um am Wahltag als Sieger durchzukommen. Im Sinne der ökonomischen Theorie der Politik soll dies, genauso wie auf dem Markt, auch in der öffentlichen Güterversorgung geschehen. In Wirklichkeit geschieht es aber anders. Um das zu beweisen stellen wir uns die Frage: Was geschieht, wenn ein Politiker überhaupt keine oder falsche und mangelhafte Infos hat? Kann er trotzdem zum Erfolg kommen? Wenn er auf einem Markt handeln würde, ist er zum Misserfolg verurteilt. In der Politik, obwohl die ökonomische Theorie ihm keine große Chance im Wettbewerb der Ideen gibt, müssen wir eine andere Antwort geben. Unser Politiker kann den Mangel seiner Informationen durch affektive Argumente nachholen. Man kann dies mit dem folgenden Schema darstellen:

Der Politiker wird gewählt, auch wenn er viel weniger Informationen zur Verfügung hat, diese Beispiele lassen sich multiplizieren. Mit Hilfe von emotiona-

len Argumenten kann er bei den Wählern gut ankommen und muss gegenüber den sachlichen, kompetenten Kandidaten nicht auf verlorenem Posten stehen. Unsere letzten Wahlen, bei denen nach Meinungsumfragen der Sympathische und nicht der Kompetente gewann, scheinen diese These zu bestätigen.

Auf dem Schema sehen wir drei Typen von Politikern. Alle drei haben Erfolg. Der Staatsmanntyp ist ein Idealfall, er ist kompetent und innerlich frei. Der Politiker, der als Demagoge bezeichnet wurde, bildet sein Gegenteil: Er ist schwach informiert und innerlich unfrei. Alle anderen politischen Siegertypen liegen dazwischen. Die ökonomische Theorie mit ihren Akzenten auf der Rationalität der Argumentation befindet sich mit ihrem Politikertyp in der Dimension der Sachlichkeit und informationellen Rationalität im zentralen Bereich des Schemas. Den politischen Unternehmer, müssten wir aufgrund seiner postulierten „Durchschnittlichkeit" deshalb in der Mitte unseres Schema lokalisieren. Man kann ihn mit dem Amtsinhaber nach der Kirsch/Mackscheidt Terminologie gleichstellen.

An diesem Schema sehen wir, dass alle auf dem Feld gezeichneten Politiker erfolgreich waren. An die Stelle der Rationalität tritt die personale Emotionalität, die genauso wichtig, wenn nicht wichtiger, als die durch die Ökonomen postulierte Vernunft ist.

Die Politiker müssen Anerkennung beim Wähler sammeln. Man kann dabei nicht als sicher annehmen, dass die Politiker ihre Programme immer nur nach dem Wunsch der Wähler formulieren. Ein Beispiel dafür, so Kirsch/Mackscheidt, ist die Rhetorik der NSDAP. Sie wurde der sozialwissenschaftlichen Analyse unterzogen. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass sie fast kein Programm hatten. Sie wurden aber *so enthusiastisch formuliert, dass sie einer rationalen Diskussion kaum standzuhalten vermochten.* Es ging dabei nicht um eine absichtliche Beherrschung der massenpsychologischen Techniken, nicht um ihre methodische und bewusste Vorbereitung, sondern um starke affektive, irrationale Argumente, die sich als wirksam erwiesen haben[70].

Dem Faschismus wäre es unmöglich gewesen, so Kirsch und Mackscheidt, die Massen durch rationale Argumente zu gewinnen. Ihre Propaganda bemühte sich alle Rationalität zurückzuweisen, um emotionale, unbewusste Argumente zu stärken. Warum reichen rationale Argumente nicht immer aus?

Nicht nur die Rationalität entscheidet über den Erfolg in der Politik. Es geht um die Menschen, nicht nur um hoch professionalisierte, sachlich präzise Roboter, antworten Kirsch und Mackscheidt[71]. Die Menschen sind auch ethisch, moralisch,

---

[70] „Da dem Faschismus unmöglich wäre, die Massen durch rationale Argumente zu gewinnen, muss seine Propaganda sich notgedrungen vom diskursiven Denken abwenden, um sich statt dessen psychologisch zu orientieren und irrationale, unbewusste, regressive Prozesse zu mobilisieren"; T. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/M. 1973, S. 504; zit. nach: G. Kirsch, K. Mackscheidt, w.o., S. 41.

[71] „Es ist belanglos was ein Roboter will und fühlt, solange er nach dem ihm von außen eingegebenen Programm funktioniert; ja, recht eigentlich erübrigt sich in diesem Fall die Frage, ob er überhaupt etwas denkt und fühlt. Nun ist aber der Verdacht nicht unbegründet, dass ein Demokratieverständnis, das einseitig auf einen material definierten Vertretungsauftrag zwischen Bürgern und Politikern abstellt, in vielfältiger Hinsicht auf unrealistischen Prämissen aufbaut: Erstens werden die Bürger und Wähler in ihrer Rationalität und Sachbezogenheit überschätzt; zweitens werden entweder die Politiker in ihrer Eigeninitiative, in ihrer Lebendigkeit unterschätzt oder aber die politischen Verfahren der Auftragsvergabe und der Kontrolle werden überschätzt"; ebd., S. 12.

psychologisch beeinflussbar. Auch Schumpeter stellt in seinem Buch fest, dass die Demokratie von der Qualität der Leitungskräfte abhängig ist[72]. Er will es nicht dem Zufall überlassen, wer in die Führungsposition hineinwächst.

Der Autor des Wettbewerbsmodells der Demokratie formuliert seine hohen Erwartungen von den Politikern sehr deutlich. Seine Politiker scheinen *recht ähnliche Charakterzüge zu haben*, wie Kirsch/Mackscheidt bemerken. Im letzten Kapitel des Buches *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* scheint der Autor Zweifel zu haben, ob die Motivation des Wettbewerbsmodells, die er postuliert, ausreichend ist, um auf Dauer einen demokratischen Staat zu bauen. Schumpeter fügt folgende Bemerkungen und Postulate für seine Politiker an:

1. selbstbeschränkende Politiker
2. gut funktionierende Bürokratie
3. gute Dienstauffassung
4. Kultur der Politiker
5. Mobilisierbares Expertenwissen[73].

C. Politikertypen

Wie Kirsch und Mackscheidt schon im Titel ihres Buches ankündigen, sollen wir deshalb in der Politik drei Politikertypen unterscheiden: Staatsmann, Demagoge und Amtsinhaber.

a. Amtsinhaber

Er vertritt die bewussten und unbewussten Verbote und Gebote seiner Wähler. Sein Erfolg ist die Folge der Erwartung seiner Wähler, dass er nach Möglichkeit jene Sachprobleme regelt, die ihre eigenen sind. Er handelt hier genau im Sinne der ökonomischen Theorie der Politik, er tut exakt das, was die Wähler von ihm erwarten. Die Zwänge und Phobien seiner Wähler sind auch seine, *er ist dort unfrei, wo auch sie unfrei sind. Sein politischer Erfolg gründet auf seiner überdurchschnittlichen Durchschnittlichkeit*[74]. Er wagt deshalb keine neuen Wege, er ist Garant der Stabilisation. Seine Rede und Tun kommen gut an, weil er sagt und tut was die anderen hören wollen. Probleme, die die „Schmerzensgrenze" der „Durchschnittlichkeit" übersteigen, meidet er. Er schafft keine neuen Unfreiheiten, hilft aber auch nicht, aus der Enge der Neurosen herauszukommen. Im Falle des Änderungsversuchs spürt er die Gefahr der Identitätskrise und das Orientierungslosigkeitsgefühl seiner Wähler, die auch ihn zu „Untätigkeit" verpflichten.

All das, was als neue Perspektive und Chance gesehen werden kann, wird für den Amtsinhaber eine Bedrohung bedeuten. Er will und kann lediglich seine

---

[72] „Die erste Bedingung ist, dass das Menschenmaterial der Politik, — die Leute, die die Parteimaschine bedienen, ins Parlament gewählt werden und zu Kabinettsposten aufsteigen, von hinreichend hoher Qualität ist"; J.A. Schumpeter, w.o., S. 461.

[73] Ebd., S. 461–470.

[74] G. Kirsch, K. Mackscheidt, w.o., S. 84–86.

Amtsgeschäfte erledigen, das ändert aber nichts daran, dass die verdrängten Probleme, die er nicht sehen will sich nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt verdrängen lassen. Wenn die Situation sich nicht länger stabilisieren lässt und der Konflikt nicht mehr zu vermeiden ist, muss er Platz für neue Leitungskräfte: einen Demagogen oder Staatsmann machen.

Die Gefährlichkeit des Amtsinhabers ist proportional zu der Stärke seiner Abwehrmechanismen und seiner potenziellen Bereitschaft, sich den neuen Möglichkeiten und Herausforderungen anzupassen. Das erfordert aber Reife und Hineinwachsen in die innere Freiheit. Je mehr er die neurotischen Grenzen verteidigt, desto größer wird der Wirklichkeitsverlust und desto zahlreicher die verpassten Chancen. Als Ziel seiner politischen Handlungen charakterisieren Kirsch und Mackscheidt deshalb die Erfüllung und Verteidigung der psychologischen Abwehrgrenzen seiner Wähler[75].

Seine *Durchschnittlichkeit*, so formulierte es M. Zöller,[76] oder die *Borniertheit*[77] seiner Position, wie es die Autoren von *Staatsmann, Demagoge...* formulieren, ist der Grund für seine Erfolge.

b. Der Staatsmann

Die Ängste seiner Wähler sind ihm nicht fremd. Im Gegensatz zum Amtsinhaber teilt er sie nicht mehr. Er hat sie überwunden und will deshalb seinen Wählern in diesem schmerzlichen Prozess des inneren Reifens helfen. Er ist den inneren Geboten und Verboten entwachsen, dort *wo er jetzt ein Gewissen haben kann*, hatte er früher die gleichen Ängste und Zwänge wie seine Wähler. Dort, wo seine Wähler nach wie vor blind gehorchen müssen ist er freier geworden und will die Freiheitsperspektiven für andere vergrößern. *Wo sie blind sind, war er blind, ist er aber sehend*[78].

Die Ursache seiner Erfolge können wir nach Kirsch/Mackscheidt in seiner Freiheitserfahrung und der Resonanz bei seinen Wähler sehen. Sein Ziel ist es, neue Möglichkeiten zu erschließen, Horizonte zu sehen, zur inneren Freiheit zu führen.

Welche Voraussetzungen braucht der Staatsmann?

1. Die Zwänge sind ihm aus eigenem Erleben vertraut.
2. Er verfügt über viel Empathie (Einfühlungsvermögen).
3. Er kann die Ängste und Möglichkeiten der Bürger richtig einschätzen

Genauso wie ein Therapeut nicht in allen Bereichen freier sein muss als sein Patient, sondern lediglich in den „kritischen Punkten", ist auch der Staatsmann, so die Autoren, ein Psychotherapeut im öffentlichen, politischen Leben[79]. *Glücklich das Volk, das in der entscheidenden historischen Stunde jenes Individuum in seiner Mitte findet, das es ihm erlaubt, die Panzerung zu sprengen, in der es ersticken müsste und die zu verlassen es aus eigener Kraft nicht fähig ist*[80].

---

[75] Ebd.
[76] M. Zöller, w.o., S. 13.
[77] G. Kirsch, K. Mackscheidt, w.o., S. 87.
[78] Ebd., S. 89.
[79] Ebd., S. 90 ff.
[80] Ebd., S. 91.

Dabei ist zu bemerken, dass die Dankbarkeit gegenüber dem Staatsmann oft an Aggressivität grenzt.

c. Demagoge

Er besteht aus Neurosen[81]. Die Ängste nehmen einen verhältnismäßig kleinen Teil der Psyche der Bürger ein. Der Demagoge dagegen personifiziert diese Neurose, er hat sie nicht überwunden. Sein Ziel ist gerade das Gegenteil des Ziels des Staatsmann. Er will die Angst verbreiten und die Bürger in die innere Unfreiheit führen. Der Grund seiner Erfolge ist seine Realitätsleugnung, Wirklichkeitsverlust und Verblendung, die wegen seiner „Undurchschnittlichkeit" eine gewisse Faszination bei seinen Wählern verursacht.

Wenn wir zusammenfassend den Demagogen mit dem Staatsmann und dem Amtsinhaber vergleichen, sehen wir deutliche Unterschiede.

a) Staatsmann.	Er führt aus der Unfreiheit heraus.
b) Amtsinhaber.	Er sichert sie, er baut sie weder ab, noch vergrößert er sie.
c) Demagoge.	Er versucht, Angst und Unfreiheit zu vergrößern, er treibt die Emotionen hoch.

SCHLUSSBEMERKUNG

Unternehmerisches Handeln der Politiker, das aus der Sicht der ökonomischen Theorie der Politik, durch den Konflikt der Interessen, aus ihren egoistischen, eigennützigen Motiven die Profite für die Gesellschaft erzielen soll, gibt leider keine Garantie dafür, dass die erhofften, durch Schumpeter und Downs beschriebenen Nebeneffekte, wirklich erscheinen. Es bleibt bei dem Glauben der Autoren. Die Praxis zeigt viele Beispiele, dass es lediglich beim Egoismus und Eigennutz bleiben kann.

In der Tat produzieren heute die Imperative des Marktes flexible „Kombinierer", politische Unternehmer, „die immer ausschließlicher an den Kursgewinnen ihrer „Ich-Aktien" interessiert sind und ihren Mantel *nach jedem Wind hängen, bis sie selbst fast zu diesem Mantel werden* (Friedrich Nietsche)[82]. Die Theorie definiert alle Menschen als Marktteilnehmer[83], rechtfertigt die eisernen Rechte der Ökonomie und den *menschenfeindliche Charakter einer auf Kälte, Konkurrenz und Gleichgültigkeit getrimmten Gesellschaft*[84], ob aber deshalb die Gesellschaft lebens- und funktionsfähiger geworden ist, lässt sich fragen[85].

---

[81] Ebd., S. 95.

[82] G. Eisenberg, Die Innenseite der Globalisierung. Über die Ursachen von Wut und Hass, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 44(2002), S. 26.

[83] Richard Sennet hat gezeigt, dass Charakter- und Identitätsbildung der nachwachsenden Generation aufs Höchste bedroht sind, wenn die Imperative des Marktes und einer auf Kurzfristigkeit basierenden Ökonomie in den familiären Raum eindringen und auf die Sozialisationsprozesse durchschlagen; vgl. R. Sennet, Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin 1998, S. 15 n.

[84] G. Eisenberg, w.o., S. 27.

[85] Das Problem des sinkenden Vertrauens in der Politik und Wirtschaft war vor kurzem Thema des Ökonomischen Internationaltreffens in Davos. Warum sinkt das Vertrauen in der Gesellschaft so rapid?

Die Politik gerät dabei, im Spiele der Interessen, immer mehr zum Schauspiel der Medien. Mit Recht spricht H. Oberreuter von *Unterwerfung der Politik unter die Eigengesetzlichkeit der Medien*[86]. *Politiker werden zu schnellen und kurzen Äußerungen und Aktionen genötigt; Fernseherdramaturgie tritt vielfach an die Stelle der politischen Führung*[87].

An der Stelle von Meinungsaustausch, öffentlicher Willensbildung und politischer Entscheidung, wie es die ökonomische Theorie erwartet, zeigen sich zunehmend irrationale, ablenkende, affektive „Argumente". Anstatt eines Wettbewerbs der Argumente und Informationen, die eine rationale Entscheidung ermöglichen, sehen wir das Spiel der Affekte und Emotionen.

Recht haben deshalb die Autoren von *Staatsmann, Demagoge und Amtsinhaber*, wenn sie die Bedeutung des psychologischen Ansatzes betonen. Die psychologischen Aspekte dürfen nicht ausgegrenzt werden, wenn wir eine wirklichkeitsnahe Analyse der Politiker betreiben wollen. Die Politik ist nicht nur ein Spiel der rationalen Interessen, sondern auch der irrationalen Neurosen, wie Mackscheidt/Kirsch überzeugend darstellen.

Warum macht man z.B die Haarfarbe des Kanzlers zum Thema? Warum müssen sich die Verfassungsrichter mit einem so lächerlichen Problem beschäftigen?[88] Es geht hier um viel mehr als lediglich um ein Ablenkungsmanöver[89]. Wie oft äußerliche, völlig irrationale Elemente in unserer Markt- und Mediengesellschaft die entscheidende Rolle spielen, damit ein Produkt durch aggressive Werbung gekauft wird, brauchen wir nicht zu beweisen.

Leider hat G. Eisenberg Recht, wenn er feststellt, dass, im Sinne der ökonomischen Theorie, *der marktgängige und allseits kompatible Mensch sich am besten „verkauft", wenn er Moral auf jenes Minimum schrumpfen lässt, das gerade noch vor strafrechtlicher Verfolgung schützt*[90]. Damit produziert unsere Theorie nicht nur politische Unternehmen, sondern auch *am gesellschaftlichen Wertehimmel ein sich stetig ausdehnendes moralisches Ozonloch*[91].

Ist das nicht das Ergebnis einer viel zu sehr an egoistischen Prinzipien orientierten Theorie? „Es ist, wie schon Aristoteles darlegte, ein armseliges und überhaupt kein „gutes" Leben, wenn sich die von menschlichem Handeln ausgelöste ökonomische Dynamik am grenzen- und maßlosen, nur am Nützlichen orientierten „chrestomathischen Kapitalerwerbsstreben" bemisst"; E. Altvater, Ort und Zeit des Politischen unter den Bedingungen ökonomischer Globalisierung, in: Die Zukunft des Staates und der Politik, Hrsg. D. Messner, Bonn 1998, S. 75–76.

[86] Der Autor spricht auch von „Mediatisierung der Politik"; H. Chil, H. Meyn, Wirkungen der Medien, *Informationen zur politischen Bildung* 260(1998), S. 51.

[87] Ebd., S. 51–52.

[88] „Nachdem zwei Hamburger Gerichte Schröder in den vergangenen Monaten Recht gaben und die Nachrichtenagentur ddp nicht mehr verbreiten durfte, er töne sein Haupthaar, hat ddp beim Bundesverfassungsgericht nun eine Verfassungsbeschwerde eingelegt. Das bestätigte in Karlsruhe eine Sprecherin des höchsten deutschen Gerichts. „Verfassungsbeschwerde. Haar-Veränderung. Alles echt?", *Focus* 50(2002), s. 14.

[89] Die Psychologie kann uns hier erläutern: Wenn das Publikum sich überzeugen lässt, dass Herr Schröder noch keine graue Haare hat, dann schauen alle (nicht unbedingt bewusst) auf die graue Haarfarbe des Gegenkandidaten Stoiber, der damit Minuspunkte kassiert. Schröder dagegen gewinnt im Gericht, sein Haar ist echt, also ist Herr Schröder als Person ein „echter, junger Kerl".

[90] G. Eisenberg, w.o., S. 27.

[91] Ebd.

Welche Politiker braucht unsere Demokratie? Kirsch und Mackscheidt warnen uns vor Demagogen. In einem sehr interessanten Buch zeigen sie einen Staatsmann auf. Besonders in den schwierigen Momenten der Geschichte, so wie wir sie jetzt erleben, wartet die Gesellschaft auf einen Politiker, der nicht nur äußerliche Freiheiten im Auge hat, sondern, wie ein guter Therapeut, auch ein innerlich freier Mensch ist. Ein Amtsinhaber, also Unternehmer kann nicht ausreichen, um die Herausforderungen zu bewältigen.

Die ökonomische Theorie der Politik mit ihrer radikal liberalistischer Form der Rechtfertigung des Egoismus und der moralischer Durchschnittlichkeit, die auf dem hedonistischen Menschenbild basiert, gibt sich zwar individualistisch, ist aber an der Person des Individuums wenig interessiert. Wie kann man sonst die Frage beantworten, dass sie das Problem der inneren Freiheit des Menschen als irrelevant abstempelt.

Dem Politiker erlaubt man in einer solcher Vision, einem Busfahrer (des Busses, der z.B. Deutschland heißt) ähnlich, am Steuer zu sitzen, ohne nach seinem Zustand, ob er z.B. betrunken ist, zu fragen. Darf man die Frage des Gesundheitszustandes der Leitungskräfte als unwichtig und als irrelevant zurückweisen?

Besteht die Aufgabe der Politik lediglich darin, die „Unentschiedenen" für die Wahl eines politischen „Unternehmens", mit oft irrationalen Mitteln zu überzeugen, besser gesagt: mit allen Mitteln zu verführen? Geht es wirklich nur darum, äußere, institutionelle, Wettbewerbs-, Freiheitsbedingungen zu verschaffen, um möglichst alle potenziellen „politischen Unternehmer" in die Politik zu locken? Oder sollte man etwas mehr für die innere Reife des Individuums tun, damit es selbständig, souverän entscheiden kann und unsere Politik nicht als „egoistischer Selbstbedienungsladen" in Verdrossenheit versinkt?

POLITYK — WYRACHOWANYM PRZEDSIĘBIORCĄ. KRYTYKA KONCEPCJI

STRESZCZENIE

Autor przedstawia w swojej pracy problem polityka — przedsiębiorcy z punktu widzenia ekonomicznej teorii polityki, oceniając go krytycznie w świetle podstaw psychologii. Dlatego wpierw krótko prezentuje teorię ekonomiczną, by odpowiedzieć na pytanie, czy polityk jest przedsiębiorcą, i czy ta teoria wystarczy na określenie demokracji. Pierwsza część podkreśla zatem ekonomiczne aspekty polityki bazując przede wszystkim na dziele J. Schumpetera: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (Kapitalizm, socjalizm a demokracja)*, w którym zrodziło się pojęcie „polityczny przedsiębiorca".

W drugiej części autor zajmuje się na bazie książki G. Kirscha i K. Mackscheidta: *Staatsmann, Demagoge, Amtsinhaber* (*Mąż stanu, demagog, sprawujący urząd*) problemem irracjonalizmu polityki i wyjaśnia jej emocjonalne znaczenie.